Disposition für Präs. Mödlhammer
52. Österreichischer Gemeindetag
Oberwart, 3. Juni 2005

**Herzlich willkommen zum 52. Österreichischen Gemeindetag!**

**Herzlich willkommen im jüngsten und östlichsten Bundesland unserer Republik, im schönen Burgenland!**

Herzlich willkommen in Oberwart! In einem blühenden Gemeinwesen, das als pulsierende Schul-, Sport und Einkaufsstadt exemplarisch für die Leistungen steht, die unsere Gemeinden erbracht haben und erbringen, für den steilen Weg, den sie in den letzten Jahrzehnten zurückgelegt haben.

Gerne wird diese Stadt als „Metropole des Südburgenlandes“ bezeichnet. Sie hat sich diesen Beinamen zweifellos auch verdient. Dennoch hat ihn unser guter Freund Michael Racs, der langjährige Bürgermeister und Präsident des Burgenländischen Gemeindebundes, gar nicht so gerne gehört, er entsprach wohl nicht seinem bescheidenen und liebenswerten Wesen.



Viel lieber hat er, dessen Muttersprache Ungarisch ist, sein zweisprachiges Oberwart als „Stadt der Begegnung“ bezeichnet.

Und in dieser „Stadt der Begegnung“ feiern heute Österreichs Gemeinden, mehr als 2.000 Bürgermeister, Gemeindemandatare und Gemeindebedienstete, ihr großes „Fest der Begegnung“.

Es ist zunächst – das haben wir vor allem gestern wieder erleben dürfen – die Begegnung zwischen Freunden. Zwischen Freunden, die sich über parteipolitische und geographische Unterschiede hinweg durch gemeinsame Anliegen, Sorgen und Ziele, durch die Arbeit für die Menschen verbunden fühlen.

Es soll, ja es muß aber auch eine Begegnung zwischen dieser Arbeit, zwischen diesen kommunalpolitischen Anliegen, Sorgen und Zielen und einer möglichst breiten Öffentlichkeit sein. Der Gemeindetag muß ein Forum sein, auf dem wir unsere Leistungen präsentieren, unsere Forderungen deponieren und unsere Vorstellungen über die Gestaltung der Zukunft darlegen.

Er ist eine eindrucksvolle Demonstration der Geschlossenheit, des Selbstberwußtseins, des Selbstbehauptungswillens und der Problemlösungskompetenz der österreichischen Gemeinden!

**Meine sehr verehrten Damen und Herren!**

Diese Geschlossenheit, dieses Band der Freundschaft schließt natürlich auch jene mit ein, die heute nicht mehr unter uns sein können. Es ist schon zu einer Tradition geworden, an den Beginn des Gemeindetages ein Totengedenken zu stellen. Auch in den vergangenen Monaten mußten wir wieder manchen menschlichen Verlust beklagen, treue Freunde und Mitstreiter wurden aus unserer Mitte gerissen.
Ich ersuche Sie, sich für ein kurzes Gedenken an alle jene Bürgermeister, Funktionäre, Gemeindemandatare, Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die seit dem letzten Gemeindetag in die Ewigkeit abberufen wurden, von Ihren Plätzen zu erheben.



Stellvertretend nenne ich unser Ehrenmitglied Adolf Jarosch, der im vergangenen Oktober im 99. Lebensjahr verstorben ist. Er war einer der Mitbegründer des Oberösterreichischen Gemeindebundes und 26 Jahre Bürgermeister der Gemeinde Hörsching. Wir werden ihm und allen unseren teuren Toten immer ein ehrendes Andenken bewahren.

Ich danke Ihnen für dieses würdige Gedenken.

**Meine sehr verehrten Damen und Herren!**

Die größte kommunalpolitische Veranstaltung Österreichs ist immer auch ein Fest der Begegnung mit höchsten Repräsentanten des öffentlichen Lebens. Wir werten es durchaus als Anerkennung der Arbeit, die Tag für Tag in den Gemeinden für die Bürger geleistet wird, dass auch heute so viele hohe und höchste Ehrengäste nach Oberwart gekommen sind.

Ich begrüße ganz besonders herzlich unser **Staatsoberhaupt Bundespräsident Dr. Heinz Fischer.** Im Vorjahr, in Linz, sind Sie, verehrter Herr Bundespräsident, zum erstenmal in dieser Funktion zu uns gekommen.

Ich habe damals die Hoffnung ausgedrückt, dass sie ebenso wie ihr Vorgänger Dr. Klestil, der in seiner Amtszeit keinen Gemeindetag ausgelassen hat, zu einem Stammgast werden. Offensichtlich ist diese Bitte auf fruchtbaren Boden gefallen. Noch einmal: Herzlich willkommen!

Es ist uns eine ganz besondere Ehre, dass heute auch der hochwürdige **Diözesanbischof Dr. Paul Iby** zu uns gekommen ist. Ein herzliches „Grüß Gott“, Eure Eminenz!

Als Vertreter der Bundesregierung begrüße ich **Bundesminister Dr.Martin Bartenstein**.



Als Ressortchef für Wirtschaft und Arbeit ist er ein wichtiger Partner der Gemeinden und wir sind schon sehr gespannt auf seine Ausführungen. Gleichzeitig darf ich Dir, sehr geehrter Herr Minister von ganzem Herzen im Namen aller österreichischen Gemeinden und im eigenen Namen zum heutigen Geburtstag gratulieren. Dass Du ihn nicht mit Deiner Familie feierst, sondern zu uns nach Oberwart gekommen bist, das wissen wir besonders zu schätzen. Mit dem Herrn Bundesminister begrüße ich auch die beiden **Staatssekretäre Mag. Karl Schweitzer**, der hier im Burgenland Heimvorteil genießt, und **Sigisbert Dolinschek**.

Wichtige Partner und natürlich bisweilen auch Kontrahenten der Gemeinden sind die Länder. Dabei ist es für uns immer gut, wenn wir am Verhandlungstisch Landespolitikern gegenüber sitzen, die die Schule der Kommunalpolitik absolviert haben und die Anliegen, aber auch die Leistungen der Gemeinden aus eigener Erfahrung kennen. Wie der burgenländische **Landeshauptmann Hans Niessl**, der 13 Jahre lang erfolgreicher Bürgermeister der Gemeinde Frauenkirchen und auch Funktionär des Österreichischen Gemeindebundes war. Herzlich willkommen Herr Landeshauptmann! Mit ihm begrüße ich auch die **erschienen Mitglieder der burgenländischen Landesregierung** sowie die **Landeshauptmannstellvertreterin des Nachbarlandes Niederösterreich, Heidemaria Onodi,** die auch schon im Vorjahr in Linz am Gemeindetag teilgenommen hat.

An der Spitze der zahlreichen Abgeordneten zu den gesetzgebenden Körperschaften gilt mein Gruß dem Präsidenten des Bundesrates **Mag. Georg Pehm** sowie einem alten Freund und Mitstreiter im Gemeindebund, dem **burgenländischen Landtagspräsidenten Fritz Prior**.



Ganz besonders herzlich begrüße ich unsere Gäste aus dem Ausland, an der Spitze den **bayerischen Europaminister Eberhard Sinner**. Wir Österreicher feiern ja heuer auch das Jubiläum 10 Jahre EU-Mitgliedschaft und die Gemeinden verweisen mit Fug und Recht darauf, dass sie Vorreiter und Vorkämpfer der Europaidee waren. Und dass sie mit aller Kraft für ein bürgernahes Europa der Regionen und der Gemeinden eintreten, das den Menschen nicht Heimat nimmt, sondern eine weitere, eine größere Heimat gibt.

Die Erfolge der letzten Jahre und Jahrzehnte sind nicht zuletzt darauf zurück zu führen, dass die beiden kommunalen Interessenvertretungen in den entscheidenden Fragen geschlossen auftreten. Für den Österreichischen Städtebund begrüße ich sehr herzlich die Bürgermeister **Heinz Schaden** aus meiner Nachbargemeinde Salzburg und **Peter Nemeth** aus Eisenstadt.

Eine besondere Freude für uns alle ist es, dass heute auch die beiden Ehrenpräsidenten des Österreichischen Gemeindebundes unter uns sind, meine beiden **Vorgänger Ferdinand Reiter und Mag. Franz Romeder.** Herzlich willkommen in Oberwart!

Mit einem aufrichtigen Dankeschön für ihr Engagement begrüße ich auch unsere Partner aus der Wirtschaft. Stellvertretend nenne ich Generaldirektor **Dr. Reinhard Platzer** von der Kommunalkredit, **Dkfm. Franz Stein** vom renommierten Verlag Manz sowie – nicht als Vizepräsident und „Mr. Europa" des Gemeindebundes, sondern in seiner Funktion als „Kommunal"-Verleger – unseren **Prof. Walter Zimper.**

Last not least gilt mein Gruß dem „Hausherrn", dem Oberwarter **Bürgermeister LAbg. Gerhard Pongracz** und unseren Gastgebern, den beiden burgenländischen Landesverbänden, ihren **Präsidenten Leo Radakovits und Labg. Ernst Schmid** sowie ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter



**Meine sehr verehrten Damen und Herren!**

„Die Gemeinden: Bausteine der Republik – Motoren der Regionen" – dieses Motto des 52. Österreichischen Gemeindetages weist in die Vergangenheit ebenso wie in die Gegenwart und die Zukunft.

Es verweist in das Gestern, weil es daran erinnert welchen gewaltigen Anteil die Kommunen an der Entwicklung unseres Vaterlandes beigetragen haben. In einer Fernsehreihe zum heurigen „Gedankenjahr" ist immer wieder von einem „Wunder" die Rede. Und ich sage: Zu jenen, die dieses Wunder ermöglicht haben, zählen die Gemeinden, zählen neben großen Politikern wie Karl Renner, Leopold Figl und Adolf Schärf, auch viele tausende Gemeindefunktionäre, deren Namen nicht in den Geschichtsbüchern stehen, und die in schwerster Zeit Verantwortung übernommen haben.

Das Motto verweist in das Heute, weil es die wichtige Rolle der kleinsten und bürgernächsten Gebietskörperschaft für das Staatsganze unterstreicht – als größte öffentliche Investoren, als Identitätsstifter, als Motor für Lebensqualität und Heimatbewußtsein.

Und es verweist in das Morgen, weil es mahnt: Ohne starke und selbstbewußte Gemeinden kann es auch in Zukunft keine starken Regionen, keine starken Bundesländer und keine starke Republik geben!

Richten wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, in diesem Gedenkjahr den Blick kurz sechs Jahrzehnte zurück, auf die bewegten Tage der Stunde Null, des Jahres 1945. Österreich, das sieben Jahre von den Landkarten getilgt war, ist wieder auferstanden. Aber als Trümmerfeld. Rund 2.000 Kommunen waren als „Kriegsschäden-Gemeinden“ aufgelistet, in manchen – z.B. in Wiener Neustadt und Villach - waren mehr als 80 Prozent der Gebäude total zerstört oder schwer beschädigt.



Industrieanlagen waren zerbombt oder demontiert, Felder und Äcker von Panzerketten zerfurcht. Straßen, Brücken und Schienenwege lagen in Trümmern, überall herrschten Hunger und Not.

Es waren zunächst vor allem die Gemeinden, die inmitten von Trümmern und Mangel für ein einigermaßen geregeltes Leben, besser gesagt für das nackte Überleben, zu sorgen hatten. An ihrer Spitze standen von den Besatzern ernannte Bürgermeister und Gemeinderäte, wobei sehr viel Mut dazu gehörte, in dieser Zeit eine solche Verantwortung zu übernehmen. Vor allem in den ersten Tagen und Wochen nach Kriegsende waren die Gemeinden ganz auf sich allein gestellt. Die provisorischen Landesverwaltungen waren erst im Aufbau und die zerstörte Infrastruktur machte es ihnen noch schwerer, den Menschen zu helfen. Und eine Bundesregierung gab es aus der Sicht der westlichen Bundesländer und Besatzungsmächte überhaupt noch nicht. Die Regierung Renner wurde erst im Oktober für ganz Österreich anerkannt.

In der Flut der Bücher, die zum Gedankenjahr erschienen sind, finden sich allerdings nur wenige Bemerkungen über die ungeheuren Anstrengungen in den kleinen Gemeinden. Es liegt, hat mir ein Historiker erklärt, nicht zuletzt an der Quellenlage. Man hatte zu viel zu tun und keine Zeit, darüber Aufzeichnungen zu führen.
Vielleicht hat man manches auch bewußt nicht aufgeschrieben, um die mißtrauischen Befreier nicht unnötig aufmerksam zu machen. Ich meine, es wäre ein interessantes Projekt, einmal einen jungen Historiker mit der Erforschung der Rolle zu beauftragen, die die kleinen Gemeinden in den unmittelbaren Nachkriegsmonaten und in den Besatzungsjahren gespielt haben.

Teilweise mit Hilfe, teilweise trotz Behinderungen durch die Besatzungsstellen, in jedem Fall aber unter ihrer strengen Kontrolle haben die Männer und Frauen in den Gemeindestuben damals Großartiges, ja Übermenschliches geleistet.



Wir haben allen Grund, uns dankbar vor ihnen zu verneigen. Sie haben in einer katastrophalen Situation, unter heute unvorstellbaren Bedingungen vorgelebt und verwirklicht, was den Begriff „Gemeinde“ ausmacht: Menschen organisieren sich selbst, um im überschaubaren Raum jene Aufgaben und Probleme zu bewältigen, die sie selbst lösen können.

So ist es auch heute, obwohl sich natürlich die Aufgaben und Probleme grundlegend geändert haben. Daseinsvorsorge, das war damals: Ein Stück Brot gegen das Verhungern, Schutz vor Übergriffen und Seuchen, ein Dach über dem Kopf, Beseitigung des Schuttes und der Trümmer. Heute: Wasserversorgung, Abwasserbeseitigung, Müllentsorgung, Schaffung von Freizeiteinrichtungen. Oder ganz kurz: Damals: Das Überleben ermöglichen, heute: die Lebensqualität erhöhen.

Ich sage es noch einmal: Verneigen wir uns vor den Männern und Frauen, die in einer der schwersten Zeiten unserer Heimat nicht nur das eigene Überleben im Sinn hatten, sondern die in den Gemeinden Verantwortung für ihre Mitmenschen übernommen haben.

Wir alle, die gesamte Kommunalpolitik am Beginn des 3. Jahrtausends, haben ihnen ungeheuer viel zu verdanken. Denn: Die starke Position, die Österreichs Gemeinden innerhalb des Staatsganzen einnehmen und um die man uns in vielen Staaten beneidet, diese starke Position haben sich die Kommunen nicht zuletzt durch die ungeheuren Leistungen der ernannten Bürgermeister und Gemeinderäte in den Wirren der Stunde Null erarbeitet und verdient.

**Heute, meine sehr verehrten Damen und Herren, gilt es, diese Position zu sichern, zu festigen und aus zu bauen!**



Daraus ergibt sich eine Reihe von Wünschen und Forderungen an unsere Partner, an den Bund und an die Länder.
Es sind Forderungen, sehr geehrter Herr Bundesminister, verehrter Herr Landeshauptmann, die wir selbstbewußt erheben. Weil sie nicht unbillig sind, weil sie auf den bisherigen Leistungen der Kommunen für das Staatsganze beruhen und vor allem, weil wir wissen, dass auch die Bürger hinter diesen Forderungen stehen.

Sie haben in zahlreichen Umfragen immer wieder zum Ausdruck gebracht, dass sie in keine andere Verwaltungsebene so viel Vertrauen setzen wie in die Gemeinde.

Eindrucksvoll bestätigt das auch die jüngste Umfrage, deren Ergebnis erst seit einigen Tagen auf dem Tisch liegt und das sie ausführlich in unserer Zeitschrift „Kommunal“ nachlesen können.

Wir wollten dabei nicht nur erfahren, welche politische Ebene nach Meinung der Bürger ihre Interessen der am besten und effizientesten vertritt und welche kommunalen Aufgaben ihnen am dringlichsten erscheinen. Sondern auch, wie die Menschen die soziale und wirtschaftliche Lage der Bürgermeister einschätzen und ob sie persönlich bereit wären, ein solches Amt zu übernehmen. Die Ergebnisse sind bemerkenswert:

Es hat sich herausgestellt, dass die Menschen mit großem Abstand vor Landes- und Bundespolitikern ihren Bürgermeistern am meisten vertrauen. 71 Prozent sagen, dass ihr Bürgermeister ihre Interessen am besten vertritt.

Im Ranking jener Themen, die die Gemeindebürgerinnen und –bürger als am dringlichsten ansehen liegt die Kinderbetreuung in Schulen und Kindergärten, ein sehr aktuelles Thema, ganz vorne. Unmittelbar dahinter folgt schon der Wunsch nach Umweltmaßnahmen und die Seniorenbetreuung.



Lassen Sie mich auch noch einen Satz zur sozialen Absicherung sagen. Es wird immer wieder gesagt und kritisiert, wie viel die Politiker verdienen, welche Ansprüche und Privilegien sie haben. 58 Prozent der Menschen im ländlichen Raum glauben, dass ihr Bürgermeister mehr als 2.000 Euro **NETTO** pro Monat verdient. Sie alle wissen, dass dies bestenfalls eine Wunschvorstellung ist. Die Wahrheit ist, dass ein Großteil der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister, fast 80 Prozent, weit darunter liegen. Und selbst unter diesen Bedingungen wären fast 70 Prozent der Menschen nicht bereit dieses Amt anzustreben. Man soll das in einem Forum wie diesem hier schon auch einmal ganz klar aussprechen: Unsere Bürgermeisterinnen und Bürgermeister leisten hervorragende Arbeit. Sie haben sich dafür eine einigermaßen angemessene Entschädigung verdient. Sie haben es sich verdient, dass ihre Arbeit honoriert wird.

Geld ist einem Amt wie diesem ohnehin kein Hauptmotiv, es muss aber trotzdem dafür gesorgt werden, dass die Spitzenvertreter der Gemeinden ein Mindestmaß an sozialer Absicherung haben.

Ansonsten werden wir irgendwann – und zwar eher früher als später – vor dem Problem stehen, dass wir die Besten für dieses Amt nicht mehr gewinnen werden können.

Eine der Forderungen, die uns auch sehr am Herzen liegt, betrifft den Österreich-Konvent, in den der Gemeindebund sehr viel an konstruktiven Ideen und Vorschlägen eingebracht hat, bzw. dessen Ergebnisse. Die Hoffnungen, am Ende werde ein gemeinsam erarbeiteter Verfassungsentwurf stehen, haben sich nicht erfüllt. Aber das sollte uns doch nicht daran hindern, jene Materien, über die Einigkeit erzielt wurde, auch umgehend umzusetzen. Also in der Verfassung zu verankern.



Dazu gehören für uns vor allem die Bestandsgarantie für die Gemeinden gegen erzwungene Zusammenlegungen und die Absicherung der kommunalen Kernkompetenz in der Daseinsvorsorge.

Warum haben die kommunalen Interessenvertretungen dafür im Konvent gekämpft wie die Löwen? Weil der ländliche Raum mit seinen vielfältigen Problemen die kleinen, funktionierenden Vollgemeinden braucht wie einen Bissen Brot.

Weil auch die kleinen und kleinsten Gemeinden hervorragende Arbeit für die Regionen und für die Menschen leisten. Und weil es heute bessere Lösungen gibt als die Übertragung von Kompetenzen in die Daseinsvorsorge an private, gewinnorientierte Unternehmen, bei denen letztlich die Interessen der Aktionäre, nicht die der Bürger an der Spitze stehen. Und bessere Lösungen als erzwungene Gemeindezusammenlegungen, die den Bürgern Identifikation und Zusammenhalt nehmen, die ihnen Heimat rauben! Es sind bessere Lösungen, die von innovativen Gemeinden längst vorgezeigt wurden.

Es war nicht leicht, im Konvent diesen Argumenten zum Durchbruch zu verhelfen. Aber es ist gelungen, es wurde Einigkeit erzielt. Und ich kann beim besten Willen nicht einsehen, dass diese positiven Ergebnisse nun in einer Schublade ruhen sollen, bis man sich irgendwann auch über alle anderen Fragen – wie das Wahlalter oder die Zusammensetzung des Bundesrates – zusammen findet.

Wir wissen, wie lange das dauern kann! Was gemeinsam erarbeitet und beschlossen wurde, das soll nun auch raschest fest geschrieben und umgesetzt werden! Das verlangt schon der gesunde Menschenverstand, dazu braucht man kein Verfassungsrechtler zu sein.

Kein Konsens konnte über eine gründliche Durchforstung und Novellierung der Österreichischen Finanzverfassung erzielt werden. Obwohl gerade hier dringender Handlungsbedarf besteht. In ihren Grundsätzen stammt die Finanzverfassung aus dem Jahr 1948, sie hat also fünfeinhalb Jahrzehnte auf dem Buckel und das merkt man ihr auch an.



Eine Reihe von wichtigen Maßnahmen und Entwicklungen sind spurlos an der Finanzverfassung vorüber gegangen – die Gemeindegesetznovelle 1962, die Verankerung der kommunalen Interessenvertretungen in der Bundesverfassung, der Beitritt Österreichs zur Europäischen Union, der Konsultationsmechanismus und der Stabilitätspakt.

Im Licht dieser Veränderungen ist es einfach unverständlich, dass die Finanzverfassung wie vor 55 Jahren extrem zentralistisch ist. Die Länder kommen praktisch nur als Befehlsempfänger vor, die Gemeinden überhaupt nur als Klammerausdruck. Die Realität ist Gottseidank eine andere und dem sollte endlich Rechnung getragen werden.

Wir fordern daher mit Nachdruck eine Finanzverfassung auf dem Prinzip der Partnerschaft, also der Gleichberechtigung aller drei Gebietskörperschaften!

**Meine sehr verehrten Damen und Herren!**

Beim Stichwort „Gleichberechtigung“ fällt mir gleich ein besonderer Aspekt ein. Im Bund und in den Ländern reden die Parteien gerne darüber, das Wahlalter bei Gemeinderatswahlen auf 16 Jahre zu senken. Natürlich kann und soll man diese Frage diskutieren, also das Für und Wider sorgfältig abwägen. Schließlich ist die Kommunalpolitik die Schule der Demokratie. Aber es gibt noch etwas weit Wichtigeres, von dem man weit weniger hört: Nämlich sicher zu stellen, dass bei Gemeindewahlen alle Wahlberechtigten auch tatsächlich von ihrem Wahlrecht Gebrauch machen können!
Sie alle kennen die Problematik aus ihren Gemeinden. Mitbürger, die auswärts arbeiten und auch am Wahltag tätig sein müssen – im Gesundheitswesen, in der Exekutive, als Bahnbedienstete usw – haben meistens keine Möglichkeit, ihre Stimme anzugeben. Hier müßte unbedingt eine einheitliche Lösung gefunden werden, analog zu Wahlen auf Bundes- und Landesebene. Die Gemeinden und ihre Interessenvertretung sind selbstverständlich gerne bereit, dabei mit zu wirken und Lösungsvorschläge ein zu bringen.



**Meine sehr verehrten Damen und Herren!**

Es ist aber vor allem ein aktuelles Thema, das uns im Gemeindebund derzeit auf Trab hält – die Verwaltungsreform II! Bekanntlich ist bei den für uns so erfolgreichen Finanzausgleichsverhandlungen auch vereinbart worden, dass Bund, Länder und Gemeinden gemeinsame Lösungen zur Entbürokratisierung, Verwaltungsvereinfachung und Kosteneinsparung zu erarbeiten.

**Diese Gespräche haben nunmehr begonnen und es zeichnen sich am Beginn vor allem drei Stoßrichtungen ab:**
**Erstens: Einsparen**
**Zweitens: Einsparen**
**Drittens: Einsparen!**

Da werden wir noch einiges an Überzeugungsarbeit leisten müssen. Denn selbstverständlich sind auch wir dafür, alle Einsparungspotientiale auszuschöpfen.

Wir werden auch einen Maßnahmenkatalog erarbeiten, in dem wir Möglichkeiten zu Einsparungen auflisten.
Ich lade alle Gemeinden ein, dazu Ideen und Vorschläge einzubringen. Ich erwarte mir viele wertvolle Anregungen aus den Kommunen, denn, Herr Bundesminister und Herr Landeshauptmann, gerade die Kommunalpolitiker haben in den letzten Jahren sehr eindrucksvoll bewiesen, dass sie sich auf ein sinnvolles Sparen verstehen.

Aber, meiner sehr verehrten Damen und Herren, eine Reform, die diesen Namen wirklich verdient, kann sich nicht auf das Einsparen beschränken. Defensive allein ist nicht der richtige Weg, die Fragen von heute und morgen zu beantworten. Auch in der Offensive müssen wir fit sein. Das heißt, wir müssen immer überlegen, wie wir die vorhandenen Mittel besser und effektiver einsetzen können, um die hohe Qualität zu halten und die Dienstleistungen für unsere Bürger einfacher und besser zu gestalten.



Und wir müssen selbstverständlich unsere Verhandlungspartner und die Öffentlichkeit immer wieder nachdrücklich an die besondere Situation der Kommunen erinnern. Sie haben in den letzten Jahren bereits eisern gespart, jetzt ist ihr Spielraum nur mehr minimal. Die Gemeinden haben auch ihren Personalstand reduziert, rund 80 Prozent unserer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sind unmittelbar im Dienstleistungsbereich für die Bürger tätig. Und zwar vor allem in Aufgaben, in denen die Anforderungen immer höher werden. Und zwar sehr oft auf Grund von Vorgaben des Bundes, wie in der Kinder- und Altenbetreuung.

Wenn aber Einsparungen beim Personal nicht oder nur in ganz geringem Ausmaß möglich sind, was bleibt dann? Die Gemeinden müßten ihre Investitionen zurück schrauben! Wichtige Vorhaben im Interesse der Bürger würden liegen bleiben und die Konsequenzen für die Wirtschaft und den Arbeitsmarkt wären verheerend.
Nach wie vor sind die Kommunen in Summe der größte öffentliche Investor.

Und das Geld, das sie ausgeben, fließt – anders als bei den Großvorhaben des Bundes und der Länder – in die Klein- und mittelständischen Unternehmen, es bleibt in den Regionen. Der ersehnte Konjunkturaufschwung wird somit kaum kommen, wenn ausgerechnet in diesem Bereich die Investitionen nur mehr spärlich fließen.

Halt, wird jetzt vielleicht der eine oder andere einwerfen, das düstere Bild, das der Präsident da malt, kann doch nicht ganz stimmen. Schließlich hört und liest man, dass sich die Einnahmen der Gemeinden im ersten Vierteljahr deutlich erhöht haben und dass die Kommunen wieder spürbar mehr investieren.

Nun, es ist richtig, dass heuer die Ertragsanteilsvorschüsse bisher gegenüber dem Vorjahr deutlich gestiegen sind. Das ist nicht zuletzt eine Folge des guten Ergebnisses, das wir bei den Finanzausgleichsverhandlungen erzielt haben. Besonders die kleinen Gemeinden profitieren davon, es ist tatsächlich gelungen ein Stück mehr Gerechtigkeit zu erkämpfen.



Die Entwicklung ist also erfreulich, aber sie ist noch lange kein Grund, in Euphorie auszubrechen. Man muß die Dinge realistisch betrachten.

**Zum Ersten** darf man bei den gestiegenen Investitionen nicht übersehen, dass es sich zu einem guten Teil um die Abdeckung eines Nachholbedarfes handelt. In den schwierigen Jahren 2000 bis 2003 mußten viele Vorhaben zurückgestellt werden – mit gravierenden negativen Folgen für die Wirtschaft.

**Zum zweiten** darf die Steigerung bei den Ertragsanteilen nicht zu dem Irrglauben verleiten, dass es so weitergeht. Die Aufwärtsentwicklung wird sich in der zweiten Jahreshälfte deutlich einbremsen. Das geht aus den Prognosen der Wirtschaftsforscher hervor, die für 2005 nur eine verhaltene Konjunkturentwicklung erwarten lassen.

**Und zum Dritten** besteht die große Gefahr, dass das Plus der Gemeinden durch die explodierenden Gesundheits- und Sozialkosten wieder aufgefressen wird. Davor müssen wir ganz entschieden warnen.

Es darf nicht passieren, dass sich unter dem Deckmantel der Verwaltungsreform der Bund zu Lasten der Länder und Gemeinden saniert! Wenn etwa Akut- durch Pflegebetten ersetzt werden, dann bedeutet das in letzter Konsequenz: Der Bund zieht sich aus der Verantwortung zurück, während den Kommunen neue Belastungen aufgebürdet werden.

Oder nehmen wir das Pflichtschulwesen. Hier soll das Kunststück gelingen, einerseits Einsparpotentiale zu nützen und andererseits Konsequenzen aus der nicht gerade erfreulichen PISA-Studie zu ziehen. Fast schon zu den Ritualen bei Finanzausgleichsverhandlungen zählt das Tauziehen zwischen dem Bund und den Ländern über die Kosten der Landeslehrer.



Aber wer redet vom Beitrag der Gemeinden als Schulerhalter, also von den enormen Aufwendungen für den Bau und die Erhaltung der Schulgebäude, von den Kosten für den Schulwart, die Heizung usw. Davon hört man in der Öffentlichkeit kaum etwas, das wird einfach als Selbstverständlichkeit genommen. Und auch wir, meine sehr verehrten Damen und Herren, reden nicht viel darüber. Weil wir uns zu diesen Ausgaben voll und ganz bekennen. Weil uns die Chancengleicheit und eine bestmögliche Ausbildung für unsere Kinder nicht nur eine Verpflichtung ist, sondern ein Herzensanliegen.

**Darum sagen wir aber auch: Sicher gibt es auch im Schulbereich einige Einsparungsmöglichkeiten. Aber der Rotstift ist hier noch vorsichtiger und verantwortungsvoller ein zu setzen als in anderen Bereichen. Sparen auf Kosten unserer Kinder, das wäre Sparen auf Kosten unserer Zukunft. Und das dürfen wir nicht zulassen!**

Fassen wir zusammen: Österreichs Gemeinden bekennen sich zu einer sinnvollen Verwaltungsreform. Sie sind selbstverständlich bereit, daran mit zu arbeiten und ihren Beitrag zu leisten. Aber sie verweisen auch klar und deutlich darauf, dass sie nicht auf immer und ewig die Sparmeister der Nation sein können. Und dass eine sinnvolle Reform nicht nur vom Sparwillen getragen werden muß, sondern auch von einem klaren Blick auf die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Folgen jeder einzelnen Maßnahme. Also von einem Kostenbewußtsein, das über kurzfristige Effekte weit hinaus geht.

Mehr Kostenbewußtsein, meine sehr verehrten Damen und Herren, müssen wir aber auch den Bürgern abfordern. Wir können und wollen nicht verlangen, dass sie ihre Anforderungen an die Leistungen der Gemeinden zurück schrauben. Aber sie müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass es diese Leistungen nicht immer zum Nulltarif geben kann.



Zum Beispiel die Kinderbetreuung, die in den letzten Jahren zu einem der beherrschenden Themen geworden ist. Die geschätzte Frau Bundesminister Gehrer hat den Rechtsanspruch der Eltern auf Kinderbetreuung postuliert. Sehr schön, aber unter Druck kommen die Kommunalpolitiker, weil viele Eltern „Rechtsanspruch“ schlicht und einfach mit „gratis“ übersetzen.

Sicher haben viele von Ihnen die gleiche Erfahrung gemacht, wie ich in meiner Heimatgemeinde. 17 Eltern wollten eine Nachmittagsbetreuung für ihre Kinder. Aber als wir eine klare Rechnung vorgelegt und auf einem Elternbeitrag von monatlich 70 Euro gekommen sind, da waren es plötzlich nur mehr drei.

Das ist ein Beispiel aus einer kleinen Gemeinde und gerade deshalb bezeichnend. Denn selbstverständlich ist es in den kleinen Gemeinden des ländlichen Raumes weit schwieriger als in den größeren Städten, die Kinderbetreuung zu organisieren und zu finanzieren.

Es gibt weniger Kinder, die Eltern haben im Durchschnitt ein geringeres Einkommen und die Kosten sind auf Grund längerer Transportwege höher.

Damit, meine sehr verehrten Damen und Herren, bin ich bei einem Thema, das uns im Gemeindebund derzeit wohl die größten Sorgen macht. Es ist die nach wie vor bestehende Benachteiligung des ländlichen Raumes, dessen Zukunft auf der Kippe steht.

**Es sind alarmierende Nachrichten, die von der – wenn ich so salopp ausdrücken darf – „Sparfront“ auf uns einstürzen:**

- Vor zwei Jahren hat es noch geheissen, die Gerichtsreform ist abgeschlossen. Aber jetzt redet man schon wieder von der Möglichkeit, rund 50 Bezirksgerichte zuzusperren.
- Das derzeitige Konzept der Postreform läuft bis 2007 und alles deutet darauf hin, dass dann auch noch eine dritte und eine vierte Welle von Postamts- schließungen auf uns zu kommen könnten.



- Ob die Gendarmeriereform noch weiteren Posten die Existenz kosten wird, das wagt niemand aus zu schließen.
- Und dazu kommen jetzt noch die drohenden Kasernenschließungen. Wobei schon auffällt, dass auf der „schwarzen Liste“ vor allem Garnisonen in den ländlichen Gebieten stehen, kaum solche in den Ballungszentren. Ich will mich hier nicht als Sicherheits- oder Verteidigungsexperte aufspielen. Aber als Bürgermeister und kommunaler Interessenvertreter stellt sich mir schon die Frage, ob wir uns auch in Zukunft in Katastrophenfällen auf das Bundesheer und seine Beistandspflicht verlassen können.

In allen diesen Fällen sind hunderte Arbeitsplätze im ländlichen Raum gefährdet. Noch mehr Menschen müssten zu Pendlern werden und schließlich vielleicht ganz ihre Heimatorte verlassen. Noch mehr Kaufkraft würde abfließen – mit verheerenden Konsequenzen für die Nahversorgung und die regionale Wirtschaft.

Ich appelliere eindringlich an alle Verantwortlichen, alle Maßnahmen, die den ländlichen Raum betreffen und gefährden, sehr sorgfältig zu überlegen, die mittel- und langfristigen Folgen zu bedenken und mit uns gemeinsam für eine gute Zukunft dieser Regionen einzutreten.

Der Österreichische Gemeindebund fordert daher mit allem Nachdruck einen umfassenden, ressortübergreifenden Infrastrukturplan für ganz Österreich, der sich nicht nur an ökonomischen Kriterien orientiert, sondern an den regionalen Gegebenheiten und Notwendigkeiten. Und der den ländlichen Raum in den Mittelpunkt stellt. Wir wollen diese wichtige Aufgabe im Zusammenwirken mit der Österreichischen Raumordnungskonferenz anpacken, aber selbstverständlich brauchen wir dazu vor allem den Willen und das Engagement des Bundes und der Länder.



Ich stelle diesen Appell und diese Forderung ganz bewusst auch in einen Zusammenhang mit den Staatsjubiläen dieses Jahres:

Vor sechs Jahrzehnten, im Trümmerjahr 1945, war eine der vordringlichen Aufgaben der Wiederaufbau der zerstörten Städte und Industrien. Das war eine nationale Herausforderung, die von der Landbevölkerung nicht nur akzeptiert, sondern auch mit getragen wurde. Ebenso müssten wir es aber heute als nationales Anliegen sehen, den ländlichen Raum in seiner Vielfalt und Schönheit als Lebens- und Wirtschaftsraum nachhaltig zu sichern.

**Meine sehr verehrten Damen und Herren!**

**Es war nie Art der Gemeinden und ihrer Interessenvertretung, nur zu klagen, zu protestieren und zu appellieren. Ganz im Gegenteil.**

Die Kommunen im ländlichen Raum stemmen sich mit großem Engagement, mit vollem Einsatz und mit vielen Innovationen gegen das „Ausrinnen“ dieser Regionen. Sie beweisen tagtäglich, dass „klein“ nicht gleichbedeutend mit „schwach“ ist.

Gerade die kleinen und kleinsten Gemeinden leisten Großartiges, um ihren Bürgern Sicherheit, Geborgenheit und Lebensqualität zu geben. Und dort, wo sie zu klein oder die Probleme zu groß sind, dort arbeiten sie zusammen, um sich den Herausforderungen selbstbewußt zu stellen.
Ich habe schon im Vorjahr beim 51. Österreichischen Gemeindetag in Linz betont, dass die interkommunale Zusammenarbeit eine Chance und eine Zukunftsperspektive darstellt, der wir uns in den kommenden Jahren besonders widmen müssen. Was schon seit langem mit Wasser- und Abwasserverbänden, Müllverbänden und Schulgemeinschaften begonnen hat, das muß auf viele andere Bereiche ausgedehnt werden. Und zugleich müssen bestehende Hürden etwa für Kooperationen über Landes- und Staatsgrenzen hinaus raschest abgebaut werden.



Es gibt bereits in allen Bundesländern eine ganze Reihe von guten Beispielen für die Zusammenarbeit von Kommunen. Sie spiegeln eine eindrucksvolle Reformbereitschaft und eine beachtliche Innovationskraft wieder.

Das hat auch im Wettbewerb um die innovativste Gemeinde Österreichs seinen Niederschlag gefunden. Es wurden heuer weit mehr Gemeinschaftsprojekte als im Vorjahr eingereicht und prämiert. Auch der Sieger, die 1.500 Einwohner-Gemeinde Schenkenfelden im oberösterreichischen Mühlviertel, hat unter anderem mit der Gründung eines „Verbandes interkommunale Betriebsansiedlung“ gepunktet. Es geht dabei um die Schaffung eines Gewerbegebietes gemeinsam mit vier Nachbargemeinden.

Dieser Weg ist richtig, er ist zukunftsweisend und er wird erfreulicherweise auch eingeschlagen. Umso notwendiger ist es, auf Vorzeichen zu achten, die ihn wieder in Frage stellen könnten. Sie kommen vom Europäischen Gerichtshof, der kürzlich einige sehr seltsame Entscheidungen getroffen hat.

In einem Grundsatzurteil hat er festgestellt, dass Kommunen das Vergaberecht auch dann anwenden müssen, wenn sie Aufträge an die von ihnen beherrschten Unternehmen mit privater Beteiligung vergeben.

Und weiters haben es die europäischen „Paragraphenritter“ als Verstoß gegen die EG-Vergaberichtlinien gewertet, dass Spanien Kooperationsvereinbarungen, die Gebietskörperschaften untereinander schließen, generell vom Vergaberecht ausschliesst

Diese Entscheidungen sind völlig praxisfremd, es handelt sich – gelinde ausgedrückt – um eine Schnapsidee. Denn sie würden alle Bemühungen der Gemeinden, die interkommunale Zusammenarbeit zu forcieren, laufend zu verbessern und flexibler zu gestalten, zunichte machen.



Der Deutsche Gemeinde- und Städtebund und der Österreichische Gemeindebund haben daher in einer gemeinsamen Resolution die EU-Kommission, das EU-Parlament und die Bundesgesetzgeber in Deutschland und Österreich aufgefordert, durch eine rechtliche Klarstellung die verschiedenen Formen interkommunaler Zusammenarbeit vom Anwendungsbereich des Vergaberechtes freizuhalten.

Ich möchte auch von dieser Stelle aus alle zuständigen Stellen aufrufen, diese Position nach besten Kräften zu unterstützen. Damit auch in Zukunft die kleinen Gemeinden im ländlichen Raum die Möglichkeit haben, durch ein zukunftsorientiertes Zusammenwirken ihre Aufgaben für die Mitbürger optimal zu erfüllen, Lebensqualität zu schaffen, die Wirtschaft zu stärken und den Menschen Heimat zu geben. Kurzum: Um auch weiter als Motor der Regionen zu wirken.

In diesem Sinn hat auch der Gemeindebund eine Offensive gestartet. Ausgangspunkt ist die schlichte Tatsache, dass der ländliche Raum letztlich nur Zukunft haben kann, wenn die Menschen hier zukunftssichere Arbeitsplätze finden.

Wir haben den Lehrstuhl für Klein- und Mittelunternehmen der Wiener Wirtschaftsuniversität mit einer Studie beauftragt. Sie soll erheben und zusammenfassen, was die Kommunalpolitik tun kann, um die Beschäftigung im ländlichen Raum zu fördern. Es gibt zweifellos eine Reihe von verschiedenen Hilfestellungen, die den ländlichen Raum für kleine und mittlere Unternehmen attraktiver machen können.

Gleich über dem Wechsel etwa, in der Buckligen Welt, haben es die Gemeinden unter Federführung Krumbachs geschafft, in Zusammenarbeit mit dem Regionalen Innovationszentrum des Landes hunderte Arbeitsplätze zu schaffen.

Sobald die Studie vorliegt – Ende 2005/Anfang 2006 wird es so weit sein – werden wir die Sozialpartner aufrufen, sich eingehend damit zu befassen und auch ihre eigenen Ideen ein zu bringen. Selbstverständlich erhoffen wir uns auch ein konstruktives Mitwirken des Bundes und der Länder, wobei ich naturgemäss, verehrter Herr Dr. Bartenstein, nicht zuletzt an das Bundesministerium für Wirtschaft und Arbeit denke.



**Meine sehr verehrten Damen und Herren!**

Sie sehen, wir stehen wieder vor großen Herausforderungen. Mögen sie auch im Vergleich zu jenen Sorgen, mit denen unsere Vorgänger vor sechs Jahrzehnten konfrontiert waren, gering erscheinen, so werden sie doch unsere ganze Kraft erfordern. In jeder einzelnen Gemeinde, in der der Bürgermeister oder die Bürgermeisterin, die Gemeinderäte und die Gemeindebediensteten die erste und wichtigste Anlaufstelle für die Bürger mit ihren vielfältigen Anliegen sind. Im Österreichischen Gemeindebund und seinen Landesverbänden, die sich als Interessenvertreter der Kommunen vor allem als Anwälte der Bürger sehen. Und in Europa, das nur dann ein Europa der Bürger sein kann, wenn es sich als Europa der Gemeinden und der Regionen weiter entwickelt.

Wir packen diese Herausforderungen selbstbewußt und zuversichtlich an. Wir haben die Zukunft fest im Blick und schöpfen die Kraft und den Mut dazu nicht zuletzt aus der Vergangenheit.

Aus den übermenschlichen Leistungen, die unmittelbar nach dem Krieg unter den denkbar schwierigsten Umständen in den Gemeinden erbracht wurden. Aus hart erkämpften Fortschritten, wie der Gemeindegesetznovelle 1962, der Verankerung der kommunalen Interessenvertretungen in der Bundesverfassung oder dem Konsultationsmechanismus. Und schließlich auch aus den Erfolgen der jüngsten Zeit.

Denken Sie nur an den letzten Gemeindetag im September des Vorjahres. Im Mittelpunkt stand in Linz die Forderung nach einem gerechteren Finanzausgleich. Es gab sehr viel Skepsis, aber ich habe in der Stahl- und Brucknerstadt erklärt: Wenn die Städte und Gemeinden geschlossen auftreten, wenn sie sich nicht auseinander dividieren lassen, dann können wir auch in dieser nicht einfachen Situation sehr viel erreichen.



Genau so ist es gekommen! Natürlich wurden nicht alle unsere Wünsche erfüllt, ein Finanzausgleich ist, wie schon der Name sagt, immer ein Kompromiß. Aber wir haben sehr viel durchgesetzt, wir haben tatsächlich mehr Gerechtigkeit für alle Gemeinden und ganz besonders für die kleinen Gemeinden erzielt.
Das ist kein Ruhekissen, auf dem wir uns ausruhen können. Es ist ein Auftrag und eine Verpflichtung, uns weiter mit aller Kraft für die Gemeinden und damit für die Österreicherinnen und Österreicher einzusetzen. Denn jeder Staats- und jeder Landesbürger ist zunächst einmal ein Gemeindebürger!

Der Gemeindetag ist wieder eine Demonstration der Geschlossenheit und der Solidarität der österreichischen Gemeinden. Wenn wir uns diese Geschlossenheit und diese Solidarität bewahren, dann brauchen wir uns auch in Zukunft vor keiner Herausforderung zu fürchten!
Danke für Ihre Aufmerksamkeit!

# Schlussworte

Der 53. Österreichische Gemeindetag neigt sich seinem Ende zu und man könnte mit Johann Wolfgang Goethe sagen: „Der Worte sind genug gewechselt. Aber selbstverständlich muß noch Zeit für einige Worte sein. Nämlich für Worte des Dankes.

Ich danke zunächst allen Rednern des heutigen Tages. Sie haben uns Mut gemacht, sie haben uns in unserer Arbeit für die Gemeinden und damit für die Menschen bestärkt.

Mein Dank gilt besonders auch den beiden burgenländischen Landesverbänden, ihren Funktionären, ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern und natürlich auch den Mitarbeitern des Gemeindebundes. Es ist ungeheuer viel Arbeit, die hinter der größten kommunalpolitischen Veranstaltung Österreichs steckt. Ungeheuer viel Arbeit, die oft unbemerkt bleibt.



Besonders schön ist es natürlich, wenn man dem Dank durch die Überreichung einer Auszeichnung auch sichtbaren Ausdruck verleihen kann. Das zählt für mich immer wieder zu den erfreulichsten Aufgaben am Ende eines Gemeindetages. Auch heute kann ich wieder einen verdienten Mitstreiter vor den Vorhang rufen. Die Delegiertenversammlung des Österreichischen Gemeindebundes hat dem langjährigen **Geschäftsführer des Kärntner Gemeindebundes, Dir. Helmut Lackner** die Ehrenmitgliedschaft verliehen!

Helmut Lackner hat seine berufliche Laufbahn an der bezirkshauptmannschaft Klagenfurt-Land begonnen. Schon sehr früh wurde er Amtsleiter der Gemeinde
Tigring, zu deren Bürgermeister er 197o im jugendlichen Alter von 26 Jahren gewählt wurde Nur ein Jahr später wurde er zum Direktor des Kärntner Gemeindebundes bestellt. Er blieb aber weiter in der kommunalpolitischen Praxis verankert, nach der Zusammenlegung von Tigring mit Mossburg zunächst als Gemeinderat und von 1979 bis 1991 als Bürgermeister von Moosburg.

Im Österreichischen Gemeindebund hat er sich vor allem, aber nicht nur als Experte im Bereich der Statistik große Verdienste erworben.
Mit Jahresbeginn 2005 ist er in den wohlverdienten Ruhestande getreten und wir alle wünschen Dir, lieber Helmut noch viele schöne und erfüllte Jahre, vor allem natürlich Gesundheit.

**Meine sehr verehrten Damen und Herren!**

Ganz besonders gilt mein Dank heute Ihnen allen. Nicht nur für Ihre Teilnahme, die den 53.Österreichischen Gemeindetag wieder zu einer eindrucksvollen Demonstration der Geschlossenheit, der Solidarität und des Willens, die Zukunft zu gestalten, gemacht hat. Sondern auch für die Arbeit, die sie Tag für Tag in den Gemeinden leisten. Für Ihren Idealismus, ohne den Kommunalpolitik nicht möglich wäre.

Und somit bleibt mir nur mehr, Ihnen zuzurufen: Auf Wiedersehen beim 53.Österreichischen Gemeindetag im September 2006 in der Bundeshauptstadt Wien!